

Staat und Religion

Trotz der von der Verfassung garantierten Religionsfreiheit ist das Staatswesen der Bundesrepublik nicht frei von religiöser (und weltlicher) Privilegierung der traditionellen christlichen Kirchen. Die weltanschauliche Neutralität des Staates herzustellen, ist daher eine für die gedeihliche Entwicklung des Gemeinwesens notwendige Voraussetzung. Ein säkularer Staat erfordert die strikte Trennung von religiösen und staatlichen Belangen; finanzielle und strukturelle Privilegien einzelner Glaubensgemeinschaften, etwa im Rahmen finanzieller Alimentierung, bei der Übertragung von Aufgaben in staatlichen Institutionen und beim Betrieb von sozialen Einrichtungen, sind höchst fragwürdig und daher abzubauen. Ein staatlicher Einzug von Kirchenbeiträgen kann nicht gerechtfertigt werden.

Warum?

- Derzeit wird vom Staat hauptsächlich das Christentum bevorzugt
- Einseitige religiöse Beeinflussung an Schulen sollte beendet, Religion durch Ethik ersetzt werden
- Kirchen werden zusätzlich zur Kirchensteuer bereits vom Staat finanziell unterstützt
- Kirche ist ein Staat im Staat, mit eigenen Machtstrukturen, der die Freiheit seiner Mitglieder ohne Berücksichtigung der herrschenden Gesetzeslage beschränkt

Drogen

Von Alters her sind Rausch und Sucht Bestandteile jeder Kultur. Diese Tatsache erfordert es, sich vorurteilsfrei mit dem Konsum von Genussmitteln und dessen Folgen auseinanderzusetzen, um mit einer pragmatischen Suchtpolitik Schaden von der Gesellschaft abzuwenden. Die bisherige, repressive, vorwiegend auf Abstinenz abzielende Drogenpolitik ist offensichtlich gescheitert: Sie schuf einen Schwarzmarkt, der weder Jugend- noch Verbraucherschutz kennt und die Rechte von Nichtkonsumenten ignoriert.

Warum?

- Legalisierung bedeutet nicht „zügellose Freigabe“
- Keine Pro-Drogen Kampagne
- Kontrollierte Abgabe an besonderen Ausgabestellen (vergleichbar mit der Ausgabe rezeptpflichtiger Medikamente)
- Entkriminalisierung und somit weniger Beschaffungskriminalität
- Aushebelung des Schwarzmarkts und folglich der unterschiedlichen Qualität von Drogen
- Kontrollierte, reine „Produkte“ mit bekanntem Wirkstoffgehalt (Inhalt)
- Leichter Zugang zu Suchtopfern und somit bessere Chancen der Suchtbekämpfung

Leiharbeit

Leiharbeit sollte – wie dies in der Vergangenheit auch schon einmal der Fall war – begrenzt werden. Wir werden dazu eine maximal erlaubte Überlassungsdauer von sechs Monaten für Leiharbeitnehmer festlegen. Die Piratenpartei wird das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG) entsprechend anpassen. Nach französischem Vorbild sollen Leiharbeiter nicht eine billige Verfügungsmasse sein, mit der reguläre Beschäftigte unter Druck gesetzt werden können, sondern für die ihnen abverlangte Flexibilität mit einem Lohnzuschlag entschädigt werden. Zusätzlich werden wir eine Höchstquote von Leiharbeitern je Unternehmen in Höhe von zehn Prozent – bezogen auf die jeweilige Stammebelegschaft – einführen.

Warum?

- Keine Umgehung von Kündigungsschutz und Tarif- bzw. Mindestlöhnen
- Keine Konkurrenz und kein Druckmittel mehr gegen die Stammebelegschaft
- Keine Niedriglohnspirale

Die Piraten

Bei den Piraten bestimmen weder Delegierte noch Vorstände oder sonstige Funktions- oder Mandatsträger alleine die Richtung. Die Vorstände dienen vorrangig der Kommunikation und der Organisation der Arbeit. Jedes Mitglied hat die gleiche Stimmkraft. Programmpunkte und Satzungen werden grundsätzlich auf Parteitag abgestimmt, zu denen jedes Mitglied eingeladen ist. Von Lobbyismus distanzieren wir uns ganz deutlich!

Kontakt



Web: www.piratenpartei.de
Email: fragen@piratenpartei.de
Twitter: [@piratenpartei](https://twitter.com/piratenpartei)

V.i.S.D.P.: Gerhard Schwanz, Piratenpartei Hessen,
Postfach 900 502, 60445 Frankfurt

Der Kurs der Piraten

Kleine Übersicht über die Themen
der Piratenpartei

Die Piratenpartei Deutschland wurde 2006 gegründet und hat mittlerweile über 28.000* Mitglieder. Sie hat Landesverbände in allen Bundesländern. Die Wurzeln der politischen Piratenbewegungen liegen in Schweden. Piratenparteien sind international vertreten. Neben den Mitgliedern ist JEDER andere herzlich willkommen, Fragen, Ideen und Vorschläge einzubringen und Lösungen für die Probleme unserer Gesellschaft zu erarbeiten.

*Stand Mai 2012

**KLARMACHEN
ZUM ÄNDERN!**

Transparenz

Einblick in die Arbeit von Verwaltung und Politik auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung ist ein fundamentales Bürgerrecht. Wir fordern daher die Aufgabe des „Prinzips der Geheimhaltung“ zugunsten eines „Prinzips der Öffentlichkeit“ im Staatswesen und Politik als Dienstleistung für die Bürger. Wir stehen für das Recht der Bürger ein, auf allen Ebenen der staatlichen Ordnung Einsicht in die Aktenvorgänge und die den jeweiligen Stellen zur Verfügung stehenden Informationen zu nehmen. Die Piratenpartei setzt sich außerdem für eine Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte ein.

Warum?

- Nur informierte Bürger können gute Entscheidungen treffen
- Staatliches Handeln und staatliche Entscheidungen werden nachvollziehbar
- Weniger Korruption, weniger Willkür
- Politik und Verwaltung sollen für die Bürger und den Staat handeln, nicht in ihrem eigenen Interesse
- Eindämmung von Polizeigewalt

Datenschutz

Der Schutz der Privatsphäre und der Datenschutz gewährleisten Würde und Freiheit des Menschen. Die überwachte Gesellschaft entsteht momentan allein dadurch, dass sie technisch möglich geworden ist und den Interessen von Wirtschaft und Staat gleichermaßen dient.

Jedem Bürger muss das Recht auf Anonymität garantiert werden. Das Briefgeheimnis soll erweitert werden zu einem generellen Kommunikationsgeheimnis. Wir fordern informationelle Selbstbestimmung für die Bürger und lehnen deshalb verdachtsunabhängige Vorratsdatenspeicherung ab.

Warum?

- Gefahr eines totalen Überwachungsstaats
- Gefahr der Anpassung des Einzelnen und Verlust der Individualität
- Gefahr des Verlusts freier Meinungsäußerung und Demokratie
- Gefahr des Generalverdachts aller Bürger
- Gefahr der Aushebelung der Unschuldsvermutung

Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE)

Wir Piraten setzen uns für die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens (BGE) ein.

Dazu wollen wir eine Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag gründen, deren Ziel die konkrete Ausarbeitung und Berechnung neuer sowie die Bewertung bestehender Grundeinkommens-Modelle sein soll.

Für jedes Konzept sollen die voraussichtlichen Konsequenzen sowie Vor- und Nachteile aufgezeigt und der Öffentlichkeit transparent gemacht werden. Fernziel ist eine Volksabstimmung darüber.

Bis zur Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens setzen sich die Piraten für einen bundesweiten, gesetzlichen – nicht unbedingt einheitlichen – Mindestlohn ein.

Warum?

- Ohne Arbeitszwang keine Abhängigkeit, Erpressbarkeit, kein Lohndumping etc. und damit Selbstregulierung der Gehälter nach Bedürfnis der Gesellschaft (Selbstregulierung des Marktes)
- Recht auf sichere Existenz und gesellschaftliche Teilhabe
- Keine Diskriminierung der ALG-2-, (Hartz IV-) u. Sozialhilfeempfänger
- Keine Alters- und Kinderarmut
- Minimierung von Verwaltungskosten und Bürokratie
- Arbeit kann durch frei gewählte Lebensaufgaben ersetzt werden

Urheberrecht

Wir setzen uns für ein freizügigeres Urheberrecht ein, das dem Digitalen Wandel Rechnung trägt und das in Schieflage geratene Gleichgewicht zwischen Urhebern, Rechteinhabern und der Allgemeinheit im Umgang mit geistigen Werken wiederherstellt. Daher wollen wir das nicht-kommerzielle Kopieren, Zugänglichmachen, Speichern und Nutzen von geistigen Werken nicht nur legalisieren, sondern ausdrücklich fördern, um die Verfügbarkeit von Informationen, Wissen und Kultur zu verbessern, und lehnen Kopierschutzmaßnahmen wie DRM-Systeme strikt ab.

Auch die heutige Dauer der Schutzfristen bis 70 Jahre nach dem Tod des letzten beteiligten Urhebers sehen wir als zu lang an.

Warum?

- Keine Überwachungs- & Zensurtechnologien zur Rechtsdurchsetzung nötig (Vorratsdatenspeicherung, TK-Überwachung, Internetsperren)
- Keine Gängelung der Bürger durch Kopierschutzmaßnahmen oder Sperrung von Internetanschlüssen
- Mehr Mitspracherechte für Urheber gegenüber den Rechteinhabern
- Vernünftige digitale Archivierung für Bibliotheken
- Gesellschaftlicher Fortschritt durch Verbreitung von Wissen und Kultur

Open Access

Die Piratenpartei setzt sich für Zugänglichmachen des wissenschaftlichen und kulturellen Erbes der Menschheit über das Internet nach dem Prinzip des Open Access ein.

Werke, die über Steuermittel finanziert wurden, sollen der Öffentlichkeit zur freien Verwendung zur Verfügung gestellt werden.

Warum?

- Staatlich finanzierte Grundlagenforschung wird bisher bei Erfolg in Unternehmenspatente umgesetzt und bleibt dem Gemeinwohl hinter Preisschranken verschlossen
- Der Steuerzahler kommt dreifach (Produktion, Qualitätssicherung, Nutzung) für die Kosten von Publikationen auf, während private Verleger den Gewinn abschöpfen
- Die Demokratisierung der Kommunikationsinfrastruktur ist eine wichtige Stütze für die pluralistische, freiheitliche Gesellschaft

Nahverkehr

Die Piratenpartei fordert eine Analyse der Machbarkeit eines fahrscheinfreien ÖPNVs. Wir setzen uns dafür ein, zunächst ein oder mehrere Pilotprojekte umzusetzen, die wissenschaftlich begleitet werden sollen.

Im Erfolgsfall soll der Modellversuch schrittweise bundesweit ausgedehnt werden.

Warum?

- Der fahrscheinlose Öffentliche Personennahverkehr steigert die Anziehungskraft unserer Städte auf auswärtige Besucher
- Schwach frequentierte Strecken werden wieder sinnvoll bedient
- Einkommensschwache Verkehrsteilnehmer werden entlastet
- Kosten für Fahrkartenverkauf und -kontrolle entfallen
- Mobilität des Bürgers wird erhöht
- Umweltfreundliches sowie ressourcenschonendes Verkehrskonzept
- Als Vorbild dient die belgische Stadt Hasselt